

# Solidarität mit dem Bildungsstreik

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt den bundesweiten Bildungsstreik. Die Proteste von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden gegen die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem sind berechtigt. Die Betroffenen wehren sich gegen die Sparpolitik an Schulen und Hochschulen. Auch die Besetzungen von Hörsälen und anderen Bildungseinrichtungen verdienen unsere Solidarität: Die Studierenden nehmen sich symbolisch den Raum zurück, den sie an private Sponsoren und undemokratische Hochschulräte verloren haben.

## Der Streik ist berechtigt

Bessere Bildung wurde in Sonntagsreden versprochen, aber mit dem Argument leerer Kassen nie realisiert. Betreuung und Qualität werden daher immer schlechter. Die Kosten für Bildung werden privatisiert. In diesen Zeiten wollen CDU, CSU und FDP die Steuern in Milliardenhöhe senken und Geschenke an Besserverdiener und Unternehmen verteilen. Dies zeigt, wo die Prioritäten der Bundesregierung liegen.

Im gegliederten Schulsystem wird schon früh aussortiert. In zu großen Klassen ist es unmöglich, alle Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Lehrkräftemangel, Turboabitur und Kopfnoten aus der Kaiserzeit verschärfen den Druck auf die Kinder. Teure Nachhilfe und Privatschulen können sich nur wenige Familien leisten.

Studiengebühren in einigen Bundesländern halten viele Interessierte vom Studium ab. Nach jahrelangen Kürzungen müssen sich immer weniger Professorinnen und Professoren um immer mehr Studierende kümmern, während die Vielfalt des Lehrangebots abnimmt. Auch die Arbeitsbelastung der Studierenden ist durch die Einführung des Bachelor/Master-Systems enorm gestiegen. Ständige Prüfungen und unflexible Studienpläne lassen eigene Schwerpunkte im Studium kaum zu. Für Praktika und Auslandssemester bleibt weniger Zeit als vor der Studienreform.

## Bundesregierung verschärft Bildungsmisere

Die schwarz-gelbe Koalition forciert Auslese und Elitenförderung. Davon profitiert nur eine privilegierte Minderheit. Bessere Unterrichts- und Studienbedingungen für die Mehrheit sind ebenso wenig vorgesehen wie mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem. Durch das Bildungssparen werden sich viele Eltern zukünftig zwischen Altersvorsorge und dem Studium der Kinder entscheiden müssen.

Im Juni dieses Jahres haben 270 000 Menschen für bessere Bildung demonstriert. Die Regierung, die Kultusminister und die Hochschulrektoren weisen sich seitdem gegenseitig die Verantwortung für die Bildungsmisere zu. Geändert wurde bisher nichts.

## Solidarität ist nötig!

Lieber Leser, liebe Leserin, unterstützen Sie die Aktionen und Demonstrationen des Bildungsstreiks! Besuchen Sie die besetzten Hörsäle. Nehmen Sie selbst an Aktionen teil und thematisieren Sie die Proteste beim Elternabend oder am Arbeitsplatz. Nur gemeinsam und solidarisch kann der nötige Druck aufgebaut werden, um die Verantwortlichen zum Handeln zu zwingen. Unterstützen Sie mit uns den bundesweiten Bildungsstreik!

## DIE LINKE im Bundestag fordert

- ein bundesweites Verbot von Studiengebühren,
- die Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich und ein neues Ganztagschulprogramm,
- mehr Geld für Hochschulen pro Studienplatz,
- die Überarbeitung der Bologna-Reformen sowie
- längeres gemeinsames Lernen statt Turbo-Abi und gegliedertem Schulsystem.



Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE nehmen an den Bildungsprotesten am 17. November 2009 in Berlin teil.